2017/41 Ausland

https://jungle.world/artikel/2017/41/welcome-ambazonien

In Kamerun spitzt sich der Konflikt um die Abspaltung der anglophonen Regionen zu

Welcome in Ambazonien

Von **Mortimer Berger**

Zwei anglophon dominierte Regionen Kameruns haben ihre Unabhängigkeit erklärt und symbolisch die Republik Ambazonien ausgerufen.

Nicht nur in Katalonien und im kurdischen Nordirak, auch im Südwesten Kameruns dominierten in den vergangenen Tagen Separatisten die Schlagzeilen. Am 1. Oktober riefen sie die Republik Ambazonien aus. Diese umfasst die Regionen Southwest und Northwest, die im Gegensatz zum frankophonen Rest Kameruns anglophon dominiert sind. Ihre südliche Grenze bildet die Atlantikküste an der Ambas-Bucht, von der der Name der Separatistenregion abgeleitet ist. Die 3,6 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner Ambazoniens machen etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung Kameruns aus. Obwohl die Unabhängigkeitserklärung selbst nur als symbolisch verstanden werden kann, hat der bis in die sechziger Jahre zurückreichende und sich seit Ende 2016 verschärfende Konflikt am 1. Oktober eine neue Eskalationsstufe erreicht. Die Zentralregierung hatte am Vorabend für den gesamten Südwesten Kameruns eine Ausgangssperre verhängt, bei Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Streitkräften starben nach Angaben von Amnesty International 17 Menschen. Örtlichen Medien zufolge dürfte die Zahl der Todesopfer sogar deutlich höher liegen.

Das derzeitige Kamerun war bis zur Unabhängigkeit 1960/61 französisches und britisches Mandatsgebiet. Das Datum für die Unabhängigkeitserklärung vor fast zwei Wochen haben die Separatisten bewusst gewählt. Am 1. Oktober 1961 hatten sich nach einem - Referendum ebenjene Regionen, die vorige Woche für unabhängig erklärt wurden, Kamerun angeschlossen. Ein föderal verfasster Staat sollte ihnen Autonomierechte garantieren. Das föderale Prinzip wurde jedoch bereits 1972 durch eine zentralistischere République Unie (Vereinigte Republik) abgelöst. Seitdem fühlen sich zahlreiche anglophone Kamerunerinnen und Kameruner wirtschaftlich und politisch benachteiligt. Sie bemängeln die ungerechte Verteilung der Einnahmen aus der Erdölförderung sowie die Bevorzugung Frankophoner bei der Besetzung politischer Ämter.

Der 1982 an die Macht gekommene und mittlerweile 84jährige Präsident Paul Biya setzte 1984 eine neue Verfassung durch und strich das Wort »Unie« aus dem offiziellen Landesnamen. Für viele anglophone Kamerunerinnen und Kameruner versinnbildlichte diese Namensänderung ihre Unterdrückung durch den Zentralstaat, den sie als Verlängerung des postkolonialen französischen Machtapparats sahen. Seither kamen immer wieder Autonomiebestrebungen auf, die sich auch in der Etablierung einer ambazonischen Flagge und Nationalhymne manifestierten.
Ende 2016 brach der Konflikt erneut aus. Den Protesten von Anwälten schlossen sich bald Lehrerinnen, Lehrer und Studierende an. Es folgten Streiks, die unter anderem das Schulsystem lahmlegten. Polizei und Militär reagierten repressiv, zehn Demonstranten wurden getötet und zahlreiche verhaftet. **Für drei Monate schaltete die Regierung in den betroffenen Gebieten das Internet a**b.
Zusätzlich angeheizt wurde der Konflikt dadurch, dass die festgenommenen Unabhängigkeitsbefürworter als Terroristen behandelt wurden und

ihnen zeitweilig die Todesstrafe drohte. Mit ihrer Freilassung Ende August versuchte Biya, den Konflikt zu beruhigen. Zuvor hatte die Protestbewegung auch durch Unterstützung aus der Diaspora neuen Aufschwung erhalten. Im Ausland lebende Kameruner hatten Besuche kamerunischer Delegationen in Belgien, den USA und Südafrika vehement gestört und die Regierung damit weiter unter Druck gesetzt. Die versöhnliche Geste Biyas kam vielen Beobachtern zufolge aber zu spät. Im September gab es erneut zahlreiche Demonstrationen und Ausschreitungen.

Ein Teil der Unabhängigkeitsbewegung scheint sich radikalisiert zu haben und zu militanteren Mitteln zu greifen. Im September wurden die Städte Limbé und Bamenda von Bombenanschlägen getroffen, bei denen mehrere Menschen, darunter Polizisten, verletzt wurden. In Besongabang gab es einen bewaffneten Angriff auf einen Militärstützpunkt, bei dem drei Soldaten starben. Zudem wurden Geschäfte, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen in Brand gesetzt. Diese Militanz auf Seiten der Unabhängigkeitsbefürworter ist neu. Deren Vertreter hatten bisher stets für eine friedliche Abspaltung geworben.

Der Konflikt kann nicht auf eine Konkurrenz zwischen anglophonen und frankophonen Kamerunern reduziert werden. Die beiden Amtssprachen Französisch und Englisch sind nur ein Teil der komplexen sprachlichen Realität Kameruns, die durch zahlreiche lokale Sprachen und Mischformen geprägt ist. Viele der von der Protestbewegung angeprangerten Missstände wie Arbeitslosigkeit, Korruption und eine überalterte Herrscherclique betreffen den frankophonen Teil Kameruns genauso wie den anglophonen. Etwas irreführend ist es daher, von einem linguistic clash zu sprechen, wie etwa al-Jazeera titelte. Zudem ist die Protestbewegung keineswegs homogen. Die Forderung nach Unabhängigkeit teilen bei weitem nicht alle. Viele streben die Rückkehr zu einer föderalen Struktur an, die dem Südwesten mehr Autonomie ermöglichen würde.

Nach jahrzehntelanger struktureller Benachteiligung, der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten und der Inhaftierung von Protestierenden ist es verständlich, dass sich ein Teil der Bevölkerung des anglophonen Südwestens von Kamerun unter Biya lossagen will. Dass ein souveränes Ambazonien seinen Bewohnerinnen und Bewohnern mehr Freiheit und eine Demokratisierung ermöglichen würde, ist jedoch fraglich, zumal bei den

Separatisten derzeit kein politisches Programm erkennbar ist.

Wie sich der Konflikt weiterentwickeln und wie er sich auf die Ende 2018 anstehenden Präsidentschaftswahlen auswirken wird, ist derzeit völlig offen. Seine Lösung unter der Herrschaft Biyas ist kaum vorstellbar. Der Präsident und seine Entourage scheinen zu substantiellen Zugeständnissen an die Protestierenden nicht bereit zu sein, fürchten sie doch, dass auch die frankophone Opposition Forderungen stellen und zu Demonstrationen aufrufen könnte. Biya hat bereits die Absicht angedeutet, erneut anzutreten, um sich für eine siebte Amtszeit wählen zu lassen. Ob er damit durchkommt, hängt auch davon ab, ob sich Proteste gegen ihn auf den Südwesten beschränken oder eine breitere soziale Bewegung das gesamte Land erfasst.

© Jungle World Verlags GmbH